

Antisemitismus konsequent bekämpfen

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union
vom 30. Juni bis 1. Juli 2018 in Erfurt

Der Schutz Israels und der Juden ist deutsche Staatsräson

In diesem Jahr blicken wir auf den 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel. 70 Jahre Israel bedeuten für die Junge Union 70 Jahre besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für den Schutz und die Sicherheit Israels. Diese besondere Verantwortung ist Teil unserer Staatsräson, heute und in Zukunft. Für diese Verantwortung kann es nie einen Schlussstrich geben. Die Anerkennung des Existenzrechts des israelischen Staates, der Schutz des jüdischen Volkes und der Kampf gegen jede Form von Antisemitismus gehören unauflöslich zu Deutschland, sind Teil unserer gesellschaftlichen DNA und essentieller Bestandteil unserer deutschen Leitkultur. Wer in Deutschland leben will, muss akzeptieren, dass Antisemitismus in diesem Land keinen Platz hat. Wer jüdisches Leben in Deutschland ablehnt, wer die Erinnerungs- und Gedenkkultur an die Schoah infrage stellt, wer von „Schuld kult“ oder vom „Denkmal der Schande“ in Bezug auf das Holocaustmahnmal in Berlin spricht oder das Existenzrecht Israels nicht anerkennt, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

Wachsenden Antisemitismus klar benennen und handeln

Zu unserer besonderen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat und den in Deutschland lebenden Juden gehört, dass wir auf Antisemitismus in aller Klarheit hinweisen, vor ihm warnen und konsequent gegen ihn eintreten. Es ist unsere Pflicht zu garantieren, dass Juden in Deutschland sicher leben können. Umso mehr sind wir alarmiert und besorgt, dass der Antisemitismus in Deutschland wieder zugenommen hat. Wir beobachten einen steigenden Anteil von jüdenfeindlichen Kommentaren, zum Beispiel in Sozialen Medien. Antisemitische Schmierereien im öffentlichen Raum, Verwüstungen jüdischer Friedhöfe, jüdenfeindliche Anfeindungen auf der Straße sind traurige Realität. Wenn in Berlin der jüdische Inhaber eines Restaurants attackiert und Menschen wegen des Tragens einer Kippa angegriffen werden, die Flaggen des Staates Israel auf einer Demonstration verbrannt werden und Juden insbesondere in öffentlichen Räumen wieder Angst haben, ist das nicht hinnehmbar und ein Alarmsignal für die Gesellschaft. Wenn Künstler, die antisemitisches Gedankengut in ihren Liedtexten verbreiten, in Deutschland Musikpreise erhalten, ist das skandalös.

Der letzte Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung hat offenbart, wie weit antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen in allen gesellschaftlichen

Milieus um sich greifen. Die Junge Union Deutschlands benennt diese Probleme in aller Klarheit und fordert die Gesellschaft in ihrer Breite zum Handeln auf. Der Kampf gegen jede Form von Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er kann nicht allein staatliche Aufgabe oder gar Aufgabe der in Deutschland lebenden jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sein. Demokratische Parteien, Medien, Verbände, religiöse Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen deutlich machen, dass es für antisemitische Ansichten – auch in ihren eigenen Reihen – keinen Platz gibt.

Importierter Antisemitismus als Herausforderung der Integrationspolitik

Jede Form von Antisemitismus ist beschämend für uns alle – gleichgültig, ob strafbar oder nicht, ob politisch, religiös oder rassistisch motiviert. Jeder Versuch, die Würde eines Menschen aufgrund seiner religiösen Zugehörigkeit zu verletzen, stellt das Zusammenleben in Deutschland insgesamt infrage und wird von uns nicht geduldet. Es gibt spezifische Formen des Antisemitismus: etwa religiösen Antisemitismus, politischen und sozialen Antisemitismus, rassistischen Antisemitismus, antizionistischen Antisemitismus, sekundären Antisemitismus. Sie reichen von Boykott-Kampagnen (z.B. von „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen für Palästina“ [BDS]) über die Ablehnung erinnerungskultureller Verantwortung und die Konstruktion jüdischer Verschwörungen bis hin zu doppelten Standards in Bezug auf israelische Politik oder Verharmlosung von antisemitisch motiviertem Terror. Als weitere, aktuell präesente Ausprägung ist bei einem Teil von Muslimen verbreiteter Antisemitismus für jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland spürbar. Menschen, die als muslimische Flüchtlinge bzw. muslimische Migranten nach Deutschland kommen, haben oftmals Antisemitismus als Teil ihrer Sozialisation erfahren. So gehörte beispielsweise während des Baath-Regimes in Syrien von Behörden und Politikern vermittelter Antisemitismus zur staatlichen Bildungspolitik. Obwohl festzuhalten ist, dass weiterhin die Mehrheit der antisemitischen Straftaten als politisch rechtsradikal motiviert eingeordnet werden, wächst das Problem des muslimischen Antisemitismus und verdient deshalb unsere verstärkte Aufmerksamkeit.

Wir müssen bereits heute die notwendigen Schritte ergreifen und daher künftig dem Antisemitismus unter muslimischen Migranten im Alltag, auf Schulhöfen, in Schulklassen, Moscheen oder sozialen Medien deutlich entgegenzutreten. Die Formen von muslimischem Antisemitismus sind vielfältig. Bei türkischen Jugendlichen wird beispielsweise verstärkt den Juden eine negative Rolle bei den innertürkischen Konflikten zugeschrieben. Bei arabischen Jugendlichen ist der Antisemitismus eng mit dem Nahostkonflikt verknüpft und ist vor allem als aggressiver antizionistischer Antisemitismus ausgeprägt. Zudem nimmt der islamistisch argumentierende Antisemitismus zu. Radikale islamistische Gruppierungen sprechen oft von Juden als Feinden des Islams.

Notwendig ist es, dass die muslimische Community sich vom Antisemitismus in einzelnen Gemeinden distanziert und eine innerislamische Debatte geführt wird. Vor allem muslimische Vorbilder spielen eine

entscheidende Rolle. Sie erreichen muslimische Jugendliche wesentlich schneller und zeigen eine innerislamische Alternative auf, die auf Toleranz, Respekt und Miteinander basiert.

Notwendig sind ebenso neue pädagogische Konzepte in den Schulen mit Blick auf die Themen Islamismus, Nahostkonflikt und Holocaust. Lehrer müssen in der Ausbildung besser auf den Umgang mit diesen Themen mit muslimischen Jugendlichen vorbereitet werden. Es gilt außerdem, muslimischen Jugendlichen das Gefühl zu geben, gleichwertiger Teil der Gesellschaft zu sein und die Diskussionen um diese Themen auf Augenhöhe und nicht ausgrenzend zu führen. Weiterhin braucht es mehr Begegnung zwischen muslimischen und jüdischen Jugendlichen, um Vorurteile abzubauen.

Wirksam gegen Antisemitismus vorgehen

Im Kampf gegen Antisemitismus gibt es verschiedene Strategien. Dazu zählt z.B. das Strafrecht. Es geht aber auch um Beobachtung und Aufklärung durch die Sicherheitsbehörden. Am wichtigsten ist aber, vor allem im Sinne der Prävention, dass wir Bildungs- und Aufklärungsarbeit stärken.

Die Junge Union Deutschlands setzt sich im Kampf gegen Antisemitismus dafür ein, dass

- Bund, Länder und Kommunen sich weiterhin und verstärkt in Zusammenarbeit mit geeigneten Partnern für eine Aufklärungs- und Bildungsarbeit engagieren, die antisemitischen Einstellungen in allen gesellschaftlichen Bereichen nachhaltig begegnet und diesen entgegenwirkt; Antisemitismusprävention in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit sowie in der Erwachsenenbildung fördert und unterstützt sowie die politische Bildungsarbeit in diesem Bereich fördert.
- das Gedenken an den Holocaust wachgehalten wird und die Gedenkstätten und Erinnerungsorte ausreichende Mittel für die Gedenkstätten- sowie historisch-politische Bildungsarbeit erhalten.
- jüdisches Leben und jüdische Kultur in Deutschland unterstützt und gefördert werden.
- das Straf- und Versammlungsrecht verschärft wird, damit Polizei- und Strafverfolgungsbehörden ausreichende Mittel zur Verfügung haben, um entschieden gegen antisemitische Ausschreitungen im Rahmen von öffentlichen Versammlungen vorzugehen, beispielsweise das öffentliche Verbrennen der israelischen Flagge oder anderer Symbole des israelischen Staates zu sanktionieren.
- es eine spezifischere Erfassung antisemitischer Straftaten durch Sicherheitsbehörden gibt, die stärker die zugrundeliegende Motivation der Täter beinhaltet.
- der weltweiten Bewegung „Boycott, Divestment, Sanctions“ konsequent entgegengetreten wird und deren Maßnahmen klar sanktioniert und ggf. juristisch verfolgt werden.
- der Austausch zwischen deutschen und israelischen Jugendlichen mit einem eigenen deutsch-israelischen Jugendwerk weiter gefördert wird.